

NACHRICHTEN

Polizei nimmt Raser fest

MOSEN red. Mit 103 statt der erlaubten 50 km/h ist am Freitagabend ein 19-jähriger Autofahrer von der Polizei gebilzt worden. Auf Verfügung der Staatsanwaltschaft wurde der in der Schweiz lebende Portugiese vorübergehend festgenommen, wie die Luzerner Polizei gestern mitteilte. Der Führerausweis wurde ihm abgenommen. Zudem wurde am Wohnort des 19-Jährigen eine Hausdurchsuchung durchgeführt und das Auto, das auf ein Familienmitglied zugelassen ist, sichergestellt. Die Untersuchung führt die Staatsanwaltschaft Emmen.

Fristerstreckung abgelehnt

BEROMÜNSTER/SEMPACH red. Beromünster und Sempach müssen das zweijährige Kindergartenangebot auf das Schuljahr 2016/17 einführen. Der Regierungsrat lehnt beide Gesuche um Fristerstreckung um ein respektive zwei Jahre ab. Wie die Regierung mitteilt, müssen alle Gemeinden das zweijährige Kindergartenangebot gemäss Gesetz über die Volksschulbildung innert fünf Jahren seit dem Inkrafttreten der Änderung im August 2011 realisieren. Da der Kantonsrat diese Übergangsfrist beschlossen habe, sei der Regierungsrat für die Bewilligung einer weiteren Fristerstreckung nicht legitimiert.

Regierung besteht auf Modellwechsel

TRIENGEN red. Sinkt die Zahl der Schüler pro Jahrgang auf unter 70, muss die Gemeinde Triengen an der Sekundarschule einen Modellwechsel vornehmen. Der Regierungsrat hat seinen entsprechenden Beschluss vom September 2013 bestätigt. In Triengen muss dann vom getrennten auf das kooperative oder integrierte Modell gewechselt werden. Laut Regierungsrat entstünden sonst bei nicht optimaler Klassenbildung höhere Kosten, was den Vorgaben des Kantonsrates zuwiderlaufe, wie es in einer Mitteilung heisst.

Bahnangebot stösst auf Kritik

EISENBAHN Das Angebot der Bahn für den Kanton Luzern wird nicht so stark ausgebaut wie von der Regierung gewünscht. Positives findet man beim Regionalverkehr.

CYRIL AREGGER
cyril.aregger@luzernerzeitung.ch

Das «Referenzkonzept 2025» des Bundesamts für Verkehr zeigt das Bahnangebot ab 2025 auf, ist aber noch kein verbindlicher Fahrplan. Dennoch ist darin schon ziemlich konkret zu erkennen, wie das künftige Angebot auf der Schiene aussehen wird. Für Luzern bedeutet das, dass es künftig bloss noch eine Verbindung pro Stunde von Luzern nach Basel geben wird. Dafür soll auf der Strecke Luzern-Bern der Halbstundentakt eingeführt werden. Eine Änderung, die bei der Luzerner Regierung auf Unverständnis stösst: Man habe «mit Befremden festgestellt», dass der Ausbau Richtung Bern auf Kosten der Verbindung Luzern-Basel gehe, schreibt der Regierungsrat in seiner Antwort auf eine entsprechende Anfrage von Peter Fässler (SP, Kriens). «Aus unserer Sicht ist das ein Umbau, nicht ein Ausbau.»

Kein Spielraum

Der Umbau habe sich aber abgezeichnet, da die Infrastruktur in Luzern keinen Spielraum mehr für neue Zugverdichtungen zulasse, sagt Thomas Buchmann, Sekretär des kantonalen Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartements. «Solche werden erst wieder mit dem Durchgangsbahnhof möglich.» Derzeit wird damit gerechnet, dass der Durchgangsbahnhof Luzern frühestens 2035 realisiert wird. Immerhin, es gibt auch Verbesserungen im Angebot: So soll die Innerschweiz direkt mit der Ostschweiz verbunden werden, indem pro Stunde ein Zug von Bern über Luzern nach Zürich weiter nach Konstanz verkehren soll. Im Regionalverkehr soll die S 61 Luzern-Schachen bis nach Willisau geführt werden, mit der S 41 Luzern-Horw ist zu den Hauptverkehrszeiten eine neue Linie in den Plänen enthalten. Zudem kann die Strecke Luzern-Hochdorf mit weiteren Kursen zu den Hauptverkehrszeiten befahren werden.

«Ungenügender Ausbau»

Alles in allem entspricht das Bahnkonzept 2025 aber nur beschränkt den Vorstellungen des Luzerner Regierungs-



Pendler am Bahnhof Luzern: Der Regierungsrat ist mit dem geplanten Bahnangebot des Bundes unzufrieden.

Archivbild Neue LZ

rates, wie er in seiner Antwort schreibt: «So fehlen vor allem Lösungen für unsere kantonal wichtigen Hauptentwicklungsachsen Luzern-Sursee-Olten und Luzern-Zug-Zürich.» Dort brauche es mehr Verbindungen, sagt Buchmann. Um diese aber anbieten zu können, müssten die Infrastrukturengpässe beseitigt werden – mit dem Durchgangsbahnhof. Auch in Richtung Ob- und Nidwalden, ins Seetal und nach Luzern-West sollten nach Meinung der Regierung mehr Verbindungen angeboten werden. Das öffentliche Verkehrssystem sei wichtig für die Attraktivität eines Wirtschaftsraums, betont die Regierung. «Daher ist der ungenügende Ausbau nicht förderlich für die Attraktivität.»

«Die heute in Luzern endenden Linien des Regional- und des Fernverkehrs sollen zu attraktiven und schnellen Durchmesserlinien verknüpft werden», skizziert Thomas Buchmann die Ideen der Regierung. Schnelle Fernverkehrszüge mit wenigen Halten sollen durch Regioexpress-Verbindungen ergänzt

werden, die S-Bahnen sorgen weiter für die Basiserschliessung. «Mit dem Durchgangsbahnhof Luzern stehen dafür wieder genügend Fahrwege bereit.» Dies gelte nicht nur für die Hauptlinien nach Sursee-Olten und Zug-Zürich, sondern auch für die anderen Achsen Richtung Seetal, Luzern West sowie Ob- und Nidwalden.

Zentralschweiz wenig berücksichtigt

Die Luzerner Regierung setzt nun darauf, dass Luzern und die Zentralschweiz fünf Jahre später, beim Ausbaus schritt 2030, besser zum Zug kommen: Die Zentralschweizer Konferenz des öffentlichen Verkehrs (ZKÖV) fordert, dass das Angebot des Schienenverkehrs die dynamische Entwicklung der Zentralschweiz unterstützt. «Die Zentralschweiz wurde bei den bisherigen Ausbaus schritten wenig berücksichtigt, obwohl die Region eine beachtliche Entwicklung hinter und vor sich hat», schreibt die Regierung. Deshalb solle die Zentralschweiz nun vom Ausbaus schritt 2030,

der 2018 dem Parlament vorgelegt wird, substanziiell profitieren. «Der Kanton ist in der Planungsregion Zentralschweiz aktiv und bringt seine kantonale Sicht ein», erklärt Buchmann das weitere Vorgehen. Federführend bleibe der Kanton zudem für Angebote beim Regionalverkehr. Hier wolle man zum Durchgangsbahnhof kompatible Angebote weiterplanen und «im Rahmen des finanziell Möglichen» umsetzen.

Kantonsrat Peter Fässler stellt aufgrund der Antwort des Regierungsrates fest, «dass der Zug für 2025 wohl abgefahren ist. Immerhin tut sich im Regionalverkehr etwas.» Ganz zufrieden ist er mit der Antwort aber nicht: «Man setzt nun sehr grosse Erwartungen auf das Jahr 2030. Aber mir fehlt in der Antwort etwas Handfestes: Wie können wir uns beim Bund Gehör verschaffen für unsere Anliegen?» Es räche sich nun, dass man erst spät auf den Durchgangsbahnhof gesetzt habe. «Nun haben wir das Projekt, aber kein Geld mehr, um es vorzufinanzieren.»

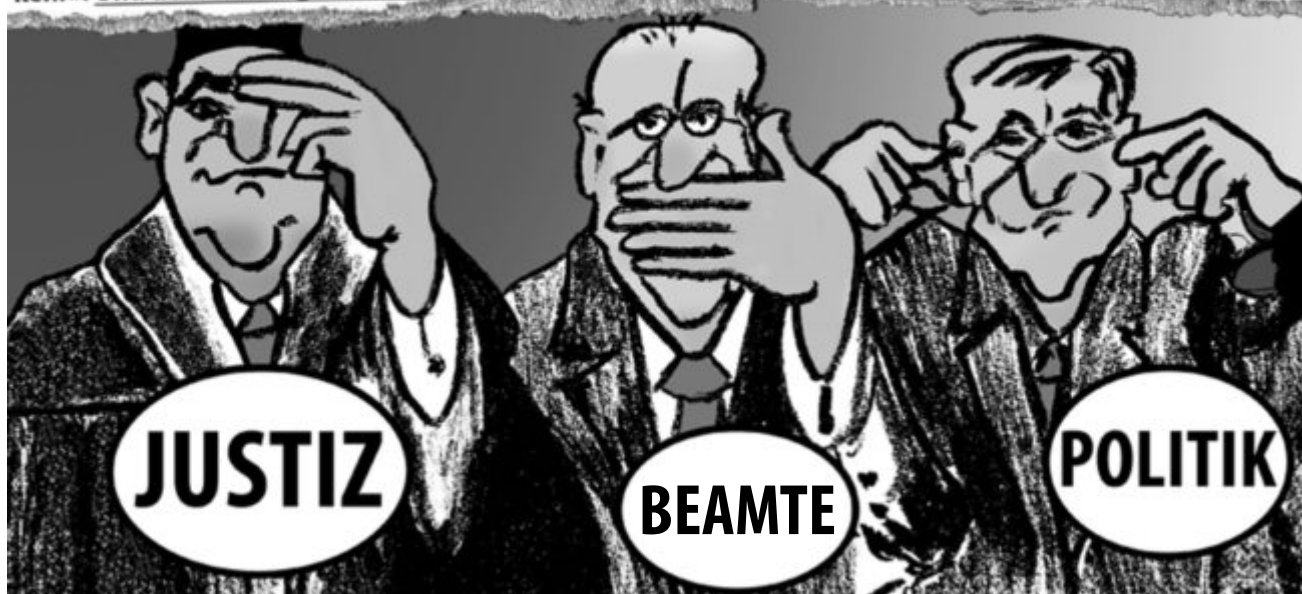
Freiamt

ANZEIGE

MARKTPLATZ

Faule „Porno-Beamte“ durchfüttern?

Luzerner Beamte surfen zu 60% privat im Internet! Bei 4'500 Beamten wurden 500 mal pro Tag Pornoseiten angeklickt! Experte sagt: «Nicht einfach ein paar Lehrlinge, die Seich machen. Pornokonsum geht durch alle Schichten!» Bericht enthüllt «sehr hohen Anteil» an «unproduktivem Verkehr». Und dem Volk sagt man, sparen sei nicht möglich! Und das Grauen geht weiter: In den letzten 4 Jahren wurden im Kanton Luzern Hunderte neuer Staatsstellen geschaffen!



Darum SVP wählen!



Niederlage für den Gemeinderat

OBERRÜTI Eine Mehrheit lehnt den Projektierungskredit für eine neue Turnhalle ab. Damit beginnt für die Exekutive die Arbeit von vorne.

den Entscheid, eine Inline-Hockey-Halle auf dem Schulareal nicht weiterzuvorführen und einen Schulhaus-Anbau zu realisieren, habe sich die Ausgangslage geändert, weshalb eine Neubeurteilung der Situation erforderlich sei.

Gegner waren sehr aktiv

Entsprechend konsterniert ist die Gemeindevorsteherin Franziska Baggenstos angesichts des klaren Abstimmungsresultates vom 8. März. «Ich habe befürchtet, dass ein Nein resultiert – dass es so deutlich ist, habe ich aber nicht erwartet», sagt Baggenstos. Das Nein sei insofern enttäuschend, als dass der Gemeinderat sorgfältig geplant und das Vorgehen klar aufgezeigt habe. Trotzdem ist es den Gegnern gelungen, eine Mehrheit der Bevölkerung dazu zu bewegen, ein Nein in die Urne zu legen. Franziska Baggenstos erklärt sich dies folgendermassen: «Die Referendumsführer waren im Vorfeld der Abstimmung sehr aktiv und sind offenbar gut vernetzt.» So haben die Gegner ein Mail an verschiedene Vereine im Dorf verschickt und sogar ein Treffen im Vorfeld der Abstimmung organisiert.

rah. Dieses Ergebnis ist überraschend deutlich: 267 Stimmbürger haben am Sonntag den Kredit für die Projektplanung einer Sporthalle in Oberrüti abgelehnt, während sich nur 189 Personen für den Betrag von 250 000 Franken ausgesprochen haben. Über den von der Gemeindeversammlung im November 2014 beschlossenen Projektierungskredit wurde an der Urne abgestimmt, weil das Referendum ergriffen worden war.

Volksentscheid statt Wettbewerb

Die Referendumsführer rund um Initiant Viktor Weber argumentierten, dass für die Projekte auf dem Schulareal eine Gesamtschau nötig und der Entscheid über eine Doppel- oder Einfachturnhalle nicht durch einen Wettbewerb, sondern durch die Stimmberechtigten zu fällen sei. Weiter hiess es von den Referendumsführern, dass die Bevölkerung bei der Fortsetzung des Studienauftrags mit einbezogen werden müsse. Durch

Wie es jetzt weitergeht, kann die Frau Gemeindeammann derzeit noch nicht sagen: «Der Gemeinderat wird den Entscheid an seiner nächsten Sitzung ausführlich diskutieren.»